

Meinungsmache

01.12.2019 | [Manfred Gburek](#)

Bereiten Sie sich darauf vor, von weltweit agierenden Klima-Aktivisten mit massiver Unterstützung durch die Medien immer mehr in die Meinungs-Enge getrieben zu werden. Denn was jetzt global abläuft, hat nicht mehr viel mit der niedlichen Umweltschutz-Ikone Greta Thunberg zu tun, es ist schlicht und einfach eine von langer Hand vorbereitete und nun realisierte Kampagne. Sie soll immer intensiver fortgesetzt werden, sogar im Berliner Olympiastadion, mit Themen wie Klimawandel, globale Ungerechtigkeit und Rechtsruck.

Manchmal gerät einiges sogar zur Realsatire. Eine solche begann mit der als Frage formulierten Aussage des Satirikers Dieter Nuhr, bekannt durch die ARD-Sendung "Nuhr im Ersten", wie folgt: "Was sind schon Menschenleben, wenn es um die große Sache geht?" Dadurch kam es zu einer Kettenreaktion. Aber nicht etwa allein wegen dieser Aussage, sondern weil ein Redakteur der Kieler Nachrichten sie aufgegriffen und hinzugefügt hatte, indirekt beziehe sich Nuhr auf Hitler und Stalin. Doch davon konnte keine Rede sein. Was allerdings mehrere Medien nicht daran hinderte, das Thema aufzugreifen, etwa das Redaktions-Netzwerk Deutschland (Lieferant für über 50 Tageszeitungen), stern.de, Focus Online und weitere.

Klimawandel und Umweltschutz, diese beiden Themen sind längst von Emotionen durchsetzt. Das wirft ein weiteres Schlaglicht auf viele Medien, die der langjährige ZDF-Hauptstadtkorrespondent Peter Hahne in seinem Bestseller "Hände weg von unserem Bargeld!" wie folgt auf die Schippe nimmt: "Die Königsdisziplin von Leitartiklern und Talkgästen ist die Darstellung einer Wolkenkuckucksheim-Welt, wie man sie gerne hätte. Je weiter von der Realität entfernt, desto schulmeisterlicher das Auftreten."

Zweifellos ist der Klimawandel nicht zu leugnen und der Umweltschutz ein erstrebenswertes Ziel. Doch die aktuellen internationalen Aufmärsche der Aktivisten dienen einerseits finanziellen, andererseits politischen Zielen, also der Gewinnmaximierung und der Machtfestigung. Es ist noch nicht lange her, da setzte sich der amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin für einen allseits zu akzeptierenden "Green New Deal" ein.

Und kaum im Amt, machte die EZB-Präsidentin Christine Lagarde mit dem Hinweis von sich reden: "Klimawandel und Umweltschutz sollten für jede Institution im Mittelpunkt stehen." Diesen Appell hat die EU-Kommission dankbar aufgenommen und gleich mit einer Forderung verknüpft: Anlageberater sollten doch bitteschön ihre Kunden zum Nachweis der Nachhaltigkeit ihrer Anlagen auffordern.

Doch so sehr übers Klima emotional statt rational palavert wird - viel weiter bringt uns das nicht. Dazu nur zwei Ergebnisse aus dem aktuellen ZDF-Politbarometer: Zwar meinen 60 Prozent der Bundesbürger, die Bundesregierung unternehme nicht genug für den Klimaschutz, aber 41 Prozent kritisieren, um den Klimawandel werde zu viel debattiert.

Zuletzt hat sich auch die Bertelsmann Stiftung des Themas angenommen, und wie! Über 12.000 Personen aus der ganzen EU wurden nach den für sie wichtigsten Themen befragt. Demzufolge ist für 40 Prozent von ihnen der Umweltschutz am wichtigsten; erst danach rangieren Jobs mit 34 Prozent und die soziale Sicherung mit 23 Prozent. Und die befragten Deutschen? Spitze: Für 49 Prozent von ihnen ist der Umweltschutz am wichtigsten. So werden Meinungen gemacht: mit einer Steilvorlage für Klima-Aktivisten.

In nächster Zeit werden weitere Umfragen und Studien zum Klimawandel und Umweltschutz folgen. Das ist eine ausgemachte Sache, weil Ursula von der Leyen als neue EU-Kommissionspräsidentin versuchen wird, ihren "Green Deal" durchzusetzen: mit ehrgeizigen Klimazielen, mit der Festlegung von Grenzwerten und mit der Bestrafung für klimaschädliches Verhalten.

Der Haken dabei: Es gibt längst noch nicht eine allseits akzeptierte Definition dessen, was unter nachhaltig und damit klimafreundlich zu verstehen sei. Dazu ein viel zitiertes Beispiel: Atomenergie gilt in Deutschland nicht als nachhaltig, in Frankreich dagegen sehr wohl. Da kann man wahrlich gespannt sein, worauf sich die beiden größten Länder der Eurozone einigen werden, Ergebnis offen.

Die Agentur für erneuerbare Energien, eine Art verlängerter Arm der Bundesregierung, ist derweil ehrgeizig mit „grünem“ Strom beschäftigt. Das liest sich dann so: "Der Atom- und Kohleausstieg ist beschlossene Sache. Die Energieversorgung der Zukunft beruht im Wesentlichen auf Wind und Sonne, ergänzt durch Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie. Die Versorgungssicherheit wird gewährleistet durch flexible Erzeuger und Verbraucher."

2018 lieferten erneuerbare Energien mehr als ein Drittel der deutschen Bruttostromerzeugung. Ihr Anteil am

Bruttostromverbrauch machte 38 Prozent aus. Dazu trugen Onshore-Windräder, also Anlagen an Land, am meisten bei, gefolgt von Biomasse- und Photovoltaik-Anlagen. Um Onshore-Windräder wird derzeit am meisten gestritten. Dabei dürfte es noch eine ganze Weile bleiben, weil immer mehr Einwohner in der Nähe möglicher Standorte juristisch und mit Demonstrationen gegen solche Anlagen zu Felde ziehen. Im ersten Halbjahr 2019 gingen nur noch 35 Windräder in Betrieb, ein Fünftel im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit.

Dem börsennotierten Unternehmen 2 G Energy aus dem Münsterland sei dafür Dank geschuldet, beim diesjährigen Deutschen Eigenkapitalforum ein wenig Licht in das Dunkel der regenerativen Energien gebracht zu haben. Sein Fazit hebt sich weit von den Schönrechnungen der Bundesregierung ab:

Die reduzierte Kohleverstromung führt zu Angebotslücken, ganz egal, welche Zeiträume man zugrunde legt. Die in Deutschland zur Verfügung stehenden Stromspeicher decken den Strombedarf von maximal einer Stunde. Keine Bundesregierung, gleich welcher Couleur, wird den Einstieg zum Ausstieg aus der Kohleverstromung im Jahr 2022 vollständig umsetzen können. Jede Bundesregierung wird versuchen, den Kohlekompromiss soweit wie möglich zu realisieren.

Bislang gab es allein in diesem Jahr 51 Flaute mit mehr als einer Stunde Laufzeit. Die längste Flaute zog sich über mehr als eine Woche hin. Damit Schlimmeres vermieden wird, sind nach 2 G Energy diese Maßnahmen fällig: Stromimport aus dem angrenzenden Ausland, Umrüstung von Kohlekraftwerken in Gaskraftwerke, Neubau von modernen Groß-Gaskraftwerken und von modernen Mittel-Kraftwerken.

Klima-Aktivisten sind weit davon entfernt, solche Vorschläge an die erste Stelle auf ihrem Wunschzettel zu setzen. Lieber spielen sie uns eine Welt voller Wünsche vor - bis zur nächsten größeren Flaute.

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Manfred Gburek ist neben seiner Funktion als Kolumnist privater Investor und Buchautor.

Neu bei gburek.eu: Brandbeschleuniger Immobilienkredite

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet:
<https://www.goldseiten.de/artikel/433665--Meinungsmache.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).